

Mittwoch, 23. Juni 2004

Streit der Denkfabriken

Ein linkes «Denknetz» soll dem neoliberalen «Thinktank» Avenir Suisse Paroli bieten

Walter Langenegger

Avenir Suisse denkt vor, was bürgerliche Politiker im Parlament in die Gesetze schreiben sollen. Ein Netzwerk aus linken Forschern, Politikern und Gewerkschaftern will nun ein Gegengewicht dazu bilden. Am Wochenende findet eine erste Tagung statt.

Erfolgreich Politik machen heisst stets auch, Deutungshoheit und Meinungsführerschaft zu erringen und damit jene Mehrheiten im Parlament und im Volk zu gewinnen, die es braucht, um Gesetze zu revidieren und neu zu schreiben. Nötig dazu ist ein solides Theoriegebäude, Konzepte mit konkreten Massnahmen sowie griffige und eingängige Schlagworte und Begriffe. Das setzt viel Denkarbeit voraus.

Die Köpfe verändern

Geleistet wird diese oft von Verbänden wie dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse oder dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) sowie von Organisationen wie der «Erklärung von Bern» oder Greenpeace. Allerdings handelt es sich dabei meist um Denkarbeit, die auf bestimmte Themen und Fragen beschränkt bleibt. Wenn es dagegen um gesamtgesellschaftliche Bewusstseinsbildung geht, dann treten in der Schweiz andere Institutionen auf den Plan: «Thinktanks» oder «Denkfabriken». Sie setzen Wissen und Forschung im Kampf um argumentative Hegemonie ein und versuchen, mit ihrer auf die Öffentlichkeit ausgerichteten Kommunikation den Boden für ein bestimmtes Welt- und Gesellschaftsbild zu ebnen. Die Denkfabrik, die heute am stärksten auf Politik und Gesellschaft einwirkt, ist die Stiftung Avenir Suisse. Sie wurde 1999 von Konzernen wie Novartis, UBS, Nestlé, Credit Suisse Group und Swiss Re gegründet und setzt das fort, was seit 1991 mit diversen Weissbüchern versucht wurde - nämlich neoliberales und rechtes Denken als das heute progressive Denken darzustellen. Sekundiert wird Avenir Suisse dabei unter anderem vom Liberalen Forum, einem kleineren, vor 25 Jahren von FDP-Politikern gegründeten rechtsbürgerlichen «Thinktank».

Ein linker «Thinktank»

Ein linkes Gegenstück gab es bisher dazu nicht. Das ändert sich nun: «Denknetz» heisst ein neues Forum, das eine Antwort auf die rechte Denkmacht sein will und von politischen Schwergewichten wie alt Bundesrätin Ruth Dreifuss, SGB-Chef Paul Rechsteiner sowie Soziologieprofessor René Levy initiiert wurde. Forschern, Gewerkschaftern und linken Politikern soll eine Diskussionsplattform eröffnet

werden, die es erlaubt, neue Ansätze in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu finden. «Wir wollen neue linke Positionen erarbeiten und klar machen, dass es Alternativen zum neoliberalen Konzept gibt», sagt «Denknetz»-Sekretär Beat Ringger. Ein Ansatz sind dabei neokeynesianische Rezepte - also die Vorstellung, dass der Staat regulierend eingreifen soll, wenn der Markt versagt. Eine andere Schiene ist, dass bestimmte Bereiche - etwa das Gesundheitswesen - nicht markt-, sondern bedürfnisorientiert ausgestaltet werden sollen.

Linke ohne Theoriegebäude

Allerdings muss die Linke ihre Denkarbeit aus der Defensive heraus lancieren. Der Neoliberalismus hat sich in den 90er-Jahren rasant ausgebreitet und bestimmt inzwischen die politische Agenda. Heute gibt es kaum noch keynesianisch denkende Ökonomen, die der Linken ein erneuertes Theoriegebäude in den Umverteilungsdossiers Finanz- und Wirtschaftspolitik liefern könnten. «Die müsste man zuerst wieder heranzüchten», konstatierte jüngst der SP-Politiker Rudolf Strahm im «Tages-Anzeiger». Bezeichnend dafür ist das Theoriegebäude der Sozialdemokratie, der stärksten Kraft im linken Lager. Ihr fehlt eine klare Konzeption zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das Parteiprogramm ist veraltet und ihr vor Jahren revidiertes Wirtschaftspapier blieb fast wirkungslos.

Begriffe neu besetzen

Wie stark die Linke konzeptionell an Terrain verloren hat, zeigt sich nicht zuletzt daran, wie politische Begriffe unterdessen besetzt sind. Der «Markt» gilt heute als politisches und gesellschaftliches Allheilmittel. Oder: Die Umverteilung von Reich zu Arm über Sozialwerke wie die AHV ist heute als verschwenderisches Giesskannenprinzip verpönt. Oder: Der Begriff Gleichheit wird von der Rechten als «Gleichmacherei» diskreditiert. Hier setzt denn auch das neue Forum an: An der ersten «Denknetz»-Tagung am kommenden Samstag in Bern referieren Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler darüber, warum Demokratien das Ideal der materiellen Gleichheit brauchen und wie man dieses Ideal neu umsetzen könnte. Der Zeitpunkt für linke Denkarbeit ist nicht ungünstig. Mit der Ablehnung der «Avanti»-Vorlage, der 11. AHV-Revision und des Steuerpakets wurde dem neoliberalen Projekt ein empfindlicher Dämpfer versetzt. Trotzdem warnt Beat Ringger vor zu grossen Erwartungen. Um eine Antwort auf Avenir Suisse sein zu können, seien die Ressourcen, die dem «Denknetz» zur Verfügung stünden, noch zu gering. Zwar sei es gelungen, innert kurzem immerhin 200 Mitglieder zu gewinnen. Doch das Startkapital bleibe mit 50 000 Franken bescheiden, sagt Ringger.

Ungleich lange Spiesse

Bedeutend besser hat es da die Konkurrenz. Avenir Suisse startete vor fünf Jahren mit einem Kapital von 50 Millionen Franken und wird heute jährlich mit sechs Millionen alimentiert. «Gute Ideen sind unbezahlbar», meint allerdings Ringger. «Mit der Denkkraft unseres Pools werden wir auch mit bescheidenen Mitteln einiges bewegen können.»

